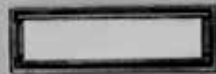
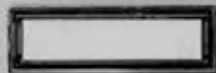
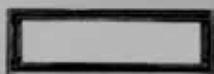


Verwaistes Klingelschild:
Strukturschwache Regi-
onen sind mit Abwande-
rung konfrontiert.



KOMMUNALE BÜNDNISSE

Die Siedlungs- und Regionalentwicklung wird sich durch demografische Veränderungen und Wanderungsbewegungen in den nächsten Jahren in Deutschland erheblich ändern. Bis 2030 wird die Bevölkerung um fast vier Prozent sinken. Das sind über drei Millionen Menschen weniger, so viel wie Hamburg und München zusammen.

Die Entwicklung verläuft nicht gleichmäßig, vor allem die ganz großen Städte und ihr Umland profitieren. Denn es zeichnet sich zugleich ein neuer Trend ab, ein Trend, der sich erkennbar auf einen höheren Städterang richtet: Die Metropolen. Während zum Beispiel die Metropolregion Köln/Bonn und ihr direktes Umland wach-

men, stehen Städte und Gemeinden vor großen Herausforderungen, die in bisherigen Wachstumszeiten gänzlich unbekannt waren. Dabei stellen sich unter anderem folgende Fragen: Wie verändert sich die Siedlungsstruktur, wenn Baugrundstücke nicht mehr gefragt sind und Wohnhäuser zunehmend leer stehen? Wie müssen soziale, technische und wirtschaftliche Infrastrukturen für die Daseinsvorsorge umgestaltet werden und wie kann ihre Finanzierung ermöglicht werden? Wie kann der gesellschaftliche Zusammenhalt und das ehrenamtliche Engagement aufrechterhalten werden, wenn der Nachwuchs für freiwillige Feuerwehr, Sportvereine und Gemeinderat fehlt und vielerorts zudem das Interesse der Jugend an diesen Aufgaben sinkt?

Entscheidungen für die Siedlungs- und Infrastrukturplanung, die Kommunen über mehrere Jahrzehnte gebunden haben beziehungsweise binden, müssen revidiert werden. Was ist mit Baugebieten? Lässt sich mit Innenentwicklung nicht ausreichender und vor allem zentrumsnaher Wohnraum schaffen, der zudem an bestehende Infrastrukturen anknüpft? In Rheinland-Pfalz hat eine Untersuchung im Jahr 2008 ergeben, dass in fast allen Kommunen mehr Bauland ausgewiesen ist als künftig benötigt wird. Dies dürfte in allen Flächenländern ähnlich sein. Müssten daher nicht Ausweisungen zurückgenommen werden?

Der demografische Wandel stellt die bisherige Siedlungsplanung der Kommunen infrage.

sen, werden nicht weit entfernte Kommunen in der Eifel, dem Westerwald und dem Bergischen Land Einwohner verlieren.

In allen Regionen aber wird sich die Altersstruktur dramatisch verändern – mit weitreichenden Folgen: Die jüngeren Altersgruppen schrumpfen, während Zahl und Anteil der Älteren sehr stark zunehmen wird. Nicht nur Wohnungen und Wohnumfeld müssen stärker altersgerecht gestaltet werden, darüber hinaus sind altersgerechte Angebote für Mobilität, haushaltsnahe Dienste, Nahversorgung, Gemeinschaftsbildung bis hin zur Gesundheitsversorgung und mobiler Pflege wichtig.

Gerade in Regionen, in denen Überalterung und Schrumpfung zusammenkom-

AUTOR

Dr. Josef Meyer ist Vizepräsident des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (DV) in Berlin

Ganz andere Herausforderungen stellen sich demgegenüber in den meist städtischen Wachstumsregionen. Hier sind schon heute bezahlbare Wohnungen knapp und die Mieten und Preise steigen stark an. Um den benötigten Neubau schaffen zu können, ist nicht nur die Nutzung von vorhandenem Bauland und von Konversionsflächen, sondern vor allem auch zusätzliche Baulandausweisung dringend erforderlich – dies sowohl in den Kernstädten als auch im Verbund mit dem Umland.

Für die Zukunftsfähigkeit der Städte und Gemeinden in den ländlichen Räumen wird es auf möglichst kompakte Siedlungsstrukturen ankommen. Nur so können auch die Kosten für technische Infrastruktur bezahlbar gehalten werden. Bereits heute liegen die Wasserkosten in Ostdeutschland aufgrund schrumpfender Gebietskörperschaften um 30 Prozent über denen in Westdeutschland. Die Herausforderungen erfordern mutige politische Entscheidungen auf allen Ebenen, denn Schrumpfung und Rückbau sind keine Themen, mit denen sich gut Politik machen lässt. Kommunale Politik und Verwaltung muss jedoch über ihre Schatten springen.



Foto: Engels/Fotolia

Neubaugebiet: Vor allem in ländlichen Regionen sind in Zukunft kommunale Bündnisse zur Sicherung der Daseinsvorsorge notwendig.

Die Zusammenarbeit von Kommunen ist seit Langem eine probate Planungs- und Handlungsgrundlage. War interkommunale Kooperation bisher vor allem auf die Aktivierung gemeinsamer Potenziale ausgerichtet, geht es jetzt nicht um Verteilung von „Mehr“, sondern von „Weniger“. Gerade deshalb sind rein lokale Sichtweisen und Konkurrenzen unter Bürgermeistern überholt, notwendig sind vielmehr kommunale Bündnisse für die Daseinsvorsorge.

Es geht um die Arbeitsteilung und Zusammenarbeit zwischen den Ballungsräumen und der ländlichen Region, zwischen

Nur mit kompakten Siedlungsformen bleibt die technische Infrastruktur auf dem Land bezahlbar.

den Städten und Gemeinden innerhalb des ländlichen Raums sowie den Landgemeinden untereinander. Zusammenschlüsse und übergemeindliche Lösungen ermöglichen die Tragfähigkeit infrastruktureller Angebote. Benötigt jede Gemeinde tatsächlich einen eigenen Bauhof oder können einzelne Leistungen besser und kostengünstiger im Verbund mit anderen erledigt werden? Andere Aufgaben müssen verteilt werden, eine Gemeinde erbringt sie jeweils für eine oder mehrere andere mit. Auch sind Fragen nach der Notwendigkeit einzelner Infrastrukturen zu stellen. Vielfach können neue, flexible Leistungsformen wie mobile Versorgungsangebote und Dienstleistungen bürgernahen Service ermöglichen.

Der ländliche Raum wird seine arbeitsreichen und komplementären Wertschöpfungsfunktionen in vielen Wirtschaftssektoren behalten. Dies wird auch künftig mit einer lebenswerten Siedlungsstruktur verbunden sein, allerdings eine adäquate infrastrukturelle Ausstattung voraussetzen. Die Bal-

Wie schaffe ich die Energiewende in meiner Gemeinde?

Zusammen mit meinen Bürgern und mit Green City Energy!



Wie schaffe ich die Energiewende in meiner Gemeinde? Viele Kommunen stehen vor dieser Frage. Der Wille ist da, aber oft fehlen Handwerkszeug und die Kapazitäten, um den Wunsch konkret umzusetzen. Welche Ziele möchte ich erreichen? Welche Ausbaupotentiale gibt es vor Ort? Wo kann ich Energie einsparen? Durch welche konkreten Maßnahmen kann ich die Umwelt und auch die Kassen meiner Kommune entlasten?

Wir helfen Ihnen mit unserer Erfahrung!

Bei der Beantwortung genau dieser Fragen kommt Ihnen der alternative Energiedienstleister Green City aktiv zu Hilfe. Als Tochter einer gemeinnützigen Umweltschutzorganisation engagiert sich Green City Energy seit Jahren erfolgreich aktiv für den dezentralen Ausbau der Erneuerbaren Energien in Bürgerhand. Zusätzlich unterstützt das Unternehmen Kommunen durch die Erstellung von Klimaschutz- und Energiekonzepten auf dem Weg in die lokale Energieunabhängigkeit.

Wie wird das gemacht?

Zum einen erstellen die Experten von Green City Energy regionale Energie- und CO₂-Bilanzen, lokale Potentialanalysen und ermitteln die regionale Wertschöpfung vor Ort. Unter Miteinbeziehung der Bürger und lokalen Fachkräfte vor Ort werden dann Entwicklungsszenarien und konkrete Maßnahmen ausgearbeitet. Auch bei der Umsetzung Ihrer Maßnahmen und Finanzierung Erneuerbarer Energieanlagen unterstützen wir Sie gerne!

Was Sie tun müssen?

Sichern Sie Ihrer Kommune professionelle Unterstützung! Gemeinsam schaffen wir die Energiewende!



Kontakt:

Green City Energy AG
Zirkus-Krone-Str. 10
80335 München
www.greencity-energy.de

Ansprechpartner:

Peter Keller
Bereichsleitung Kommunale Energieberatung
Telefon 089/890 668-900
peter.keller@greencity-energy.de



FÖRDERUNG DES STÄDTEBAUS

Städte und Gemeinden müssen die soziale, ökologische und wirtschaftliche Modernisierung gestalten. Der demografische Wandel, Anforderungen von Klimaschutz und -anpassung und ökonomische Anpassungsprozesse ebenso wie die Sicherung der Infrastruktur werden den Aufgabenumfang langfristig – wenn auch regional unterschiedlich – in Deutschland prägen. Der Bund unterstützt die Herstellung nachhaltiger städtebaulicher Strukturen mit Programmen zur Städtebauförderung (www.staedtebaufoerderung.info). Die Ziele der Städtebauförderung sind:

- Stärkung von Innenstädten und Ortszentren in ihrer städtebaulichen Funktion – auch unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes
- Herstellung nachhaltiger städtebaulicher Strukturen in von erheblichen städtebaulichen Funktionsverlusten betroffenen Gebieten wie zum Beispiel Wohnungsleerstand oder Brachflächen in Innenstädten – insbesondere von Industrie-, Konversions- und Bahnflächen
- Behebung sozialer Missstände
- Stärkung von kleineren und mittleren Städten und Gemeinden im ländlichen Raum, in ihrer Funktion als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge

Zur Verwirklichung dieser Förderziele unterstützt der Bund die Länder und Kommunen unter anderem mit den Programmen Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, Soziale Stadt, Stadtumbau Ost, Stadtumbau West sowie Kleinere Städte und Gemeinden.



Foto: Seibaer NRW/Fotolia

Ländliche Kommune: Die Funktion der Klein- und Mittelstädte muss gestärkt werden.

Ballungsräume mit ihrer Konzentration an Produktions-, Versorgungs- und Dienstleistungen wiederum müssen darauf achten, dass die Auswirkungen von Siedlungsdichte und Immissionen stets in Balance zur Lebens- und Aufenthaltsqualität stehen.

Entscheidende Weichenstellungen für die räumliche Arbeitsteilung sowie interregionale und interkommunale Kooperation müssen von der Landes- und Regionalplanung ausgehen: Die Funktion der Mittel- und Kleinstädte als Eckpfeiler für das ländliche Umland muss gestärkt und das „Zentrale-Orte-Konzept“ reformiert werden.

Das bedeutet Ausdünnung sowie Herabstufung einerseits und Bündelung von Einrichtungen und Dienstleistungen andererseits, um eine konzentrierte Tragfähigkeit für ein größeres Umland zu erreichen. Leistungsfähige Mobilitätskonzepte für den Nah- und Fernverkehr sowie ein enges Netz für die digitale Kommunikation sind von entscheidender Bedeutung für künftig optimale Strukturen innerhalb der Regionen sowie zwischen Ballungs- und ländlichen Räumen. Gerade bei diesen Infrastrukturen aber besteht in Deutschland ein erheblicher Investitionsstau.

Der Nachholbedarf erschwert die Gemengelage von Ausbau, Anpassung und Rückbau kommunaler und regionaler Infrastruktur. Ein Ausbau ist verfahrensmäßig am einfachsten, weil über Jahrzehnte erprobt. Dennoch zeigen bekannte Beispiele bei neuartigen beziehungsweise Großvorhaben, wie sehr diese mit komplexen technischen Schwierigkeiten sowie gesellschaftlicher Akzeptanz zu kämpfen haben. Es geht auch darum, bei der Bevölkerung ein Problembewusstsein zu schaffen und sie für die notwendigen Belange zu gewinnen. Der Finanzierungsbedarf wird immens sein, ihn zu erfüllen wird ganz besondere Anstrengungen erfordern. Die künftige Stadtentwicklungs- und Regionalpolitik stellt alle Gebietskörperschaften – Bund, Länder und Kommunen – vor große Herausforderungen.

Josef Meyer

DEUTSCHER VERBAND

Der Deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (DV, www.deutscher-verband.org) befasst sich mit Grundsatzfragen und Zukunftsperspektiven der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Raumentwicklung. Die Erfahrungen aus nationalen und europäischen Projekten nutzt der Verband zur Beratung und Unterstützung der Entscheidungsprozesse des Bundes, des Deutschen Bundestages, der Länder, Gemeinden und der Institutionen der Europäischen Union sowie der Wirtschaft. Wissenschaftliche Publikationen zeigen Perspektiven für Unternehmen, Märkte und Politik auf. Die Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit aktuellen Fragestellungen und Entwicklungen.



www.kamps-seppi.de

SBM avs
Mulcharm

SAV
Seitenmulcher

H-SMWA-K
Mulchkopf

SMWA-K
Schlägelmulcher

SPEZIELLE MULCHER FÜR DEN KOMMUNALEINSATZ

seppi m.®

**Kamps SEppi M.
Deutschland GmbH**
Unterer Hammer 3
D-64720 Michelstadt
Tel. 06061 968 894-0